

Klimaschutz und Wirtschaft

Eine Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5°C kann nur durch eine globale Koordination der Umweltpolitik erreicht werden. Das Pariser Klimaabkommens sollte die Grundlage dafür sein. Die CO₂-Emissionen müssen um 80% reduziert werden. Insbesondere die Kippunkte in der klimatischen Entwicklung unserer Umwelt stellen eine Gefahr für die Menschheit dar. Ein „Umkippen“ natürlicher Systeme würde zu abrupten und irreversiblen Schäden führen. Die Folgen des Klimawandels sind zerstörte Lebensräume.

Ende 2016 betrug das CO₂-Budget nach den Zahlen des Weltklimarates ca. 1210 Gt CO₂ für das Zwei-Grad-Ziel und 460 Gt CO₂ für das 1,5-Grad-Ziel. Auf dieser Basis hätte eine Einigung erfolgen müssen, wieviel jedes Land bis zum Jahr 2100 noch emittieren darf. Stattdessen durfte jedes teilnehmende Land seinen nationalen Beitrag zum Klimaschutz eigenständig festlegen. Die globale Klimapolitik ist deshalb bisher gescheitert. Die Regierungen haben nur illusionäre Klimaziele formuliert.

Der Klimaschutz ist ein internationales öffentliches Gut. Seine Kosten fallen sofort dort an, wo Emissionen reduziert werden. Der Nutzen fällt aber später und weltweit verteilt erst in der Zukunft an. Die Auswirkungen des Nichthandelns treten meist zeitlich verzögert ein. Erst in Krisen sind viele Menschen bereit, ihre Gewohnheiten zu unterbrechen. Und es braucht auch Zeit, um diese Veränderungen politisch wirksam umzusetzen. Deshalb verhalten sich viele Länder als „Trittbrettfahrer“. Unsere Überlebenschance liegt aber in der Nutzung von Gestaltungsspielräumen, statt mit verharmlosenden Reden auf die Klimakrise zu reagieren.

Hinzu kommt, daß der Abbau der Rohstoffe und die Folgen davon oft in weit entfernten Gegenden stattfindet, wo dafür die Ökosysteme zerstört werden. Auch der Giftmüll nach der Nutzung gelangt dann oft wieder in die dritte Welt. Die Recyclingsysteme sind nur unzureichend entwickelt. Die Ressourcenproduktivität muß stark gesteigert werden.

Statt immer weiter an der expansiven Wirtschaftsweise festzuhalten, benötigen wir eine wachstumsunabhängige Ausrichtung des wirtschaftspolitischen Rahmens unserer Wirtschaftsordnung. Wirtschaftswissenschaftler errechnen Wachstumskurven auf Kosten von Menschen und Natur und wissen dabei genau: wenn man die externen Kosten internalisiert, dann hat man gar kein Wachstum mehr, sondern wir zerstören in Wirklichkeit die Ressourcen der zukünftigen Generationen.

Über aufkommensneutrale Ökosteuern muß Energie teurer werden. Die Lohnnebenkosten müssen dafür gesenkt werden. Ein notwendiger Ökologischer Strukturwandel wird die verschiedenen Regionen und Branchen unterschiedlich stark treffen. Aber durch erneuerbare Energiesysteme und eine regenerative Landwirtschaft entstehen insgesamt mehr Arbeitsplätze.

Zum einen brauchen wir eine verursachergerechte Kostenstruktur. Emissionen müssen teurer werden und klimaverträgliches Verhalten verbilligt werden. Externe Kosten müssen in das Marktgleichgewicht internalisiert werden. Die zukünftigen Schäden müssen den heutigen Verursachern in Rechnung gestellt werden. Die CO₂-Bepreisung über den Europäischen Emissionshandel ist ein mögliches Instrument dafür. Die deutsche Klimapolitik, hat prinzipiell einen richtigen Weg gewählt, setzt den CO₂-Preis noch viel zu niedrig an. Emissionshandelssysteme benötigen einen Mindestpreis, um sinnvoll funktionieren zu können. Wenn es zu einer weiteren Verknappung der Emissionszertifikate im EU-Emissionshandel kommt, steigen die CO₂-Preise. Der Anteil der Emissionen, die im EU-Emissionshandelssystem einbezogen werden, sollte bis 2030 auf 70% steigen. Überall, wo auf erneuerbare Energien umgestellt oder Energie eingespart wird, fällt keine

CO₂-Steuer mehr an.

Um die Preisbildung nicht zu verzerren, müssen Antidumpingzölle gegenüber Importen aus Gebieten ohne Emissionshandel eingeführt werden. Sonst wird es zur Verlagerung von CO₂-Emissionen kommen.

In internationalen Handels- und Investitionsabkommen müssen Klimaaspekte stärker berücksichtigt werden. Die Einhaltung ökologischer und sozialer Mindeststandards muß verbindlicher Bestandteil solcher Verträge sein. Der Aufholprozess ärmerer Länder muß mit modernen Umwelttechnologien erreicht werden. Dazu müssen die Einstiegskosten in neue Technologien weiter verringert werden.

Wenn die Umweltzerstörung endlich einen Preis bekommt, werden auch die Finanzmärkte hohe CO₂-Emissionen als Risiko einkalkulieren. Das Haftungsprinzip muß im Bereich der Emissionsvergehen durch Unternehmen viel durchgreifender wirksam werden. Großen Auto-, Öl- und KohleKonzernen stehen nahezu unbegrenzt Finanzmittel zu Verfügung, um mit intensiver Lobbyarbeit die Öffentlichkeit und die politischen Entscheider zu manipulieren. „Es ist nicht der Widerstand gegen wissenschaftlich gesicherten Fakten des Klimawandels, die die Leugner des Klimawandels antreiben, sondern die Opposition gegen die Folgerungen, die sich real aus diesen Fakten ergeben“ schreibt Naomi Klein in diesem Zusammenhang. Das Zombie-System der Spekulation an den Börsen muß beendet werden. Stattdessen brauchen wir die Analyse der Geschäftsmodelle auf die langfristige Gewinnentwicklung vor dem Hintergrund der Wirkung der Ökobilanz der Produkte auf den Klimawandel. Das wäre eine tatsächlich nachhaltige Strategie. Wir müssen aus weniger Mehr machen.

Die Umweltpolitik ist ein innovativer Suchprozess mit dezentralen Entscheidungen und Experimenten. An verschiedenen Orten können unterschiedliche Lösungen sinnvoll sein. Das Subsidiaritätsprinzip ist ein wertvoller Ansatz gegen die zentralwirtschaftliche Verwaltung. Viele Subventionen begünstigen noch immer fossile Energie und große, wenig nachhaltige landwirtschaftliche Betriebe. Das muß beendet werden.

Die großen Internetkonzerne betreiben ein parasitäres System, das sich immer weiter ausbreitet. Sie haben Monopole aufgebaut und kaufen alle innovativen Konkurrenten auf. Sie setzen ihre technischen Standards durch. Die Netzwerkeffekte verstärken ihre Marktmacht noch. Sie entziehen sich gezielt der Besteuerung und umgehen den Datenschutz. Sie schaffen Möglichkeiten zur totalen Überwachung und manipulieren Wahlen. Der Schutz persönlicher Daten wird ignoriert.

Digitale Lösungen können aber auch der Ungleichheit und der gesellschaftlichen Spaltung entgegenwirken. Sie können zeigen, wie klimawirksam das eigene Handeln ist. Um die staatliche Gestaltungshoheit trotz der Privatisierung vieler Dienstleistungen nicht zu verlieren, benötigen die zuständigen Behörden den Zugriff auf anonymisierte Kundendaten der Nutzung der kommunalen Infrastruktur.

„Das, was wir heute tun, ist Teil von dem, was in der Zukunft sein kann. Und wenn wir heute diese Dinge nicht tun, kann es nicht Teil der Zukunft werden“ sagt Maja Göpel vom wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen.